

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
Hauptausschuss**

29.11.2024

**Niederschrift**

**über die 5. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 21.11.2024**

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"  
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

**Anwesenheit:**

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Herr Peter Modemann

Vertretung für Oberbürgermeister Silvio Witt

Gremiumsmitglied

Ratsfrau Dr. Sabine Balschat

BSW/BfN

Ratsherr Björn Bromberger

CDUplus

Ratsfrau Vanessa Freund

SPD/Grüne

Ratsherr Bernd Herrmann

Projekt NB

Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer

SPD/Grüne

Ratsherr Jan Kuhnert

BSW/BfN

Ratsherr Robert Schnell

AfD

Ratsherr Heiko Schröder

CDUplus

Ratsherr Michael Stieber

SPD/Grüne

stellv. Gremiumsmitglied

Ratsherr Maik Ohlenforst (AfD)

Vertretung für Ratsfrau Sigrid Strelow (AfD)

Ratsherr Olaf Schanz (AfD)

Vertretung für Ratsherrn Peter Fink (AfD)

Ratsfrau Yvette Schöler (CDUplus)

Vertretung für Ratsherrn Steffen Bülow (CDUplus)

**Abwesend:**

Vorsitzender

Oberbürgermeister Silvio Witt

Gremiumsmitglied

Ratsherr Steffen Bülow (CDUplus)

Ratsherr Peter Fink (AfD)

Ratsfrau Sigrid Strelow (AfD)

**Verwaltung:**

Herr Peter Modemann

Beigeordneter, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Herr Schwabe

Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement

Herr Renner

Fachbereichsleiter Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung

Frau Piotrowski	2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters / Leiterin Innere Verwaltung
Herr Meyer zu Schlochtern	Fachbereichleiter Schule, Kultur, Sport und Recht
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Grömke	Referent des OB / Leiter Presse, Medien und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Rathsack	Abteilungsleiterin Recht und Vergaben
Frau Bliemeister	Leiterin Personalservice
Frau Hänsch	Büro der Stadtvertretung
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**

Herr **Modemann** eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie die Gäste und die Mitarbeitenden der Verwaltung.

### **TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr **Modemann** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 13.11.2024). Es sind 12 von 13 Mitgliedern anwesend, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **TOP 3 Beschluss über die Niederschriften der Sitzungen des Hauptausschusses am 17.10.2024 und am 29.10.2024**

Die Niederschriften der Sitzungen am 17.10.2024 und am 29.10.2024 werden bestätigt.

### **TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

Herr **Modemann** informiert gemäß § 71 Abs. 4 KV-MV über einen neuen Stand im Vorhaben Sanierung des Friedländer Gleises von Neubrandenburg nach Friedland (Anlage 1).

Weiterhin erkundigt sich Herr **Modemann** nach dem Schulungsbedarf im Bereich der neuen Kommunalverfassung und bittet die anwesenden Mitglieder, dies in ihren Fraktionen zu erfragen und entsprechenden Schulungsbedarf anzumelden.

Ratsherr **Schnell** bittet um Auskunft über die Belegungsrate des Frauenhauses in Neubrandenburg und darüber, ob jede Frau, die sich in einer akuten Notsituation befindet, aufgenommen werden kann oder gegebenenfalls an andere Frauenhäuser weitervermittelt wird. Zudem spricht er den nicht optimalen Zustand des Frauenhauses an, insbesondere hinsichtlich der Sanierung und der Barrierefreiheit. Er fragt, ob seitens der Stadt Neubrandenburg Maßnahmen, wie das Einwerben um Fördermitteln, geplant sind, um diesen Zustand zu verbessern.

Herr **Meyer zu Schlochtern** erklärt, dass das Frauenhaus nach seinem Kenntnisstand derzeit ausreichend dimensioniert ist, jedoch insgesamt ungünstige Bedingungen aufweist, da es keine speziellen Räume wie Wickelräume oder Räumlichkeiten für die Religionsausübung bietet. Ursprünglich war geplant, dass der Landkreis, der eigentlich zuständig ist, gemeinsam mit der Stadt ein Objekt ankauft und dieses kofinanziert. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch. Die Stadt bemühte sich daraufhin darum, ein anderes Objekt anzumieten und umzubauen; jedoch war dieses Mietobjekt nicht förderfähig. Aktuell führt der Landkreis konkrete und fortgeschrittene Verhandlungen mit einem weiteren Wohnungsanbieter zur Anmietung und Sanierung eines Objektes. Die Sanierungskosten

sollen über die Miete umgelegt und anteilig vom Landkreis als auch von der Stadt Neubrandenburg getragen werden.

Herr **Meyer zu Schlochtern** sagt eine konkretere schriftliche Beantwortung zu (siehe Anlage 2).

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** führt aus, dass nicht nur die Auslastung des Frauenhauses geprüft werden sollte, sondern auch, ob die Anforderungen der Istanbul-Konvention erfüllt werden.

Weiterhin stellt Ratsherr **Dr. Kirchhefer** eine Frage zur Eisenbahn und den Auswirkungen der stockenden Baumaßnahmen auf die städtischen Gleise. Er erkundigt sich, ob die Stadt Neubrandenburg aufgrund der eingeschränkten Nutzung der Anschlussbahn Einnahmeeinbußen verzeichnet und, ob in diesem Zusammenhang bereits Überlegungen getätigt wurden, ob der Stadt Schadensersatz zusteht.

Herr **Schwabe** führt aus, dass die Streckensperrungen der DB auch zu erheblichen Einschränkungen im Netzbetrieb der Industriegleisanlagen des Eigenbetriebes führen. Weitere Informationen werden nachgeliefert (Anlage 3).

Ratsherr **Kuhnert** spricht an, dass die digitale Anmeldung im Rathaus nicht einwandfrei funktioniere und bittet um Prüfung.

Herr **Modemann** erklärt, dass aufgrund der begrenzten Anzahl an Mitarbeitenden, die für den Bürgerempfang zuständig sind, beschlossen wurde, die digitale Anmeldung nicht vollumfänglich anzubieten. Es soll auch weiterhin möglich sein, Bürgerinnen und Bürger ohne vorherige Terminvereinbarung zu betreuen.

Ratsherr **Bromberger** fragt, welche weiteren Maßnahmen die Stadt Neubrandenburg anbieten könnte, um die Ehrenamtskarte für Ehrenamtliche attraktiver zu machen. Zudem erkundigt er sich danach, welche Maßnahmen mit welchem Budget umzusetzen wären. Er bittet um Diskussion in einer der nächsten Ausschusssitzungen des Ausschusses für Schule und Sport und des Kultur- und Sozialausschusses.

Ratsherr **Stieber** hinterfragt den aktuellen Stand zum Beschluss der Stadtvertretung STV 40/14/2024 vom 16.05.2024 „Hinweistafel für Heinrich Tessenow - Stadtidentität stärken“  
Herr **Modemann** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr **Modemann** stellt fest, dass jetzt 13 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend sind.

## **TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Herr **Modemann** bittet darum, die Beschlussvorlage **BV/VIII/0098** „Annahme einer Spende von Herrn Helmut Schumacher - Sachzuwendung in Form mehrerer Kunstwerke von Herrn Falko Behrendt für den Bestand der Kunstsammlung“ zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen und schlägt vor, diese nach TOP 10 zu behandeln. Der Grund für die Dringlichkeit der Vorlage ist in der Person des Spenders begründet.

Weiterhin bittet er, ein Änderungsblatt zur Beschlussvorlage BV/VIII/0082 nachzutragen und informiert, dass zu dieser Beschlussvorlage zwei Änderungsanträge (Nr. 1 von Ratsherrn Großmüller, Nr. 2 von der Fraktion Projekt NB) vorliegen.

Herr **Modemann** lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig bestätigt.

## **TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

**TOP 7 Benennung eines Weges in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
Vorlage: BV/VIII/0047**

Ratsherr **Stieber** weist darauf hin, dass Frauen in der Straßenbenennung bislang deutlich unterrepräsentiert sind. Aus diesem Grund schlägt er vor, ein gesamtes Viertel oder Quartier nach bedeutenden Frauen zu benennen.

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 8 Bildung und Besetzung eines Beirates für die Sanierung des  
Jahnsportforums der Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH (VZN)  
Vorlage: BV/VIII/0081**

**Ratsherr Herrmann** merkt an, dass im Beschlussvorschlag zur Bildung und Besetzung eines Beirats ausschließlich von Ratsfrauen und Ratsherren die Rede ist. Er hinterfragt, ob es möglich wäre, auch sachkundige Einwohner zu delegieren.

**Herr Modemann** merkt an, dass dies bislang so gehandhabt wurde, um eine schnelle Information der Fraktionen zu garantieren.

**Herr Meyer zu Schlochtern** ergänzt, dass dies juristisch kein Problem darstelle, da es sich nicht um ein kommunalverfassungsrechtliches Gremium handelt.

**Ratsherr Bromberger** bittet darum, den Ausschuss für Schule und Sport in der Beratungsfolge zu ergänzen.

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 9 2. Änderung der Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen "IKT-  
Ost AÖR" (Informations- und Kommunikationstechnologie Ost) der  
Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und der  
großen kreisangehörigen Stadt Neubrandenburg  
Vorlage: BV/VIII/0084**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 10 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung von Frau Sigrid  
Brückner - Geldzuwendung für das Aufstellen einer Parkbank Typ  
"Neubrandenburg" mit Widmungsschild in der Vier-Tore-Stadt  
Neubrandenburg  
Vorlage: BV/VIII/0078**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 11 Annahme einer Spende von Herrn Helmut Schumacher - Sachzuwendung in  
Form mehrerer Kunstwerke von Herrn Falko Behrendt für den Bestand der  
Kunstsammlung  
Vorlage: BV/VIII/0098**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 12 Beibehaltung der Übergangsregelung nach § 27 UStG zur  
Umsatzbesteuerung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg bis 31.12.2026  
Vorlage: BV/VIII/0086**

**Ratsherr Schröder** erkundigt sich, ob die Pachtverträge für Garagen und Bootsschuppen einer Änderung bedürfen oder ob die bestehenden Verträge bereits Klauseln enthalten, die eine solche Überarbeitung vermeiden. Zudem fragt er, wann die betroffenen Personen mit der Zusendung der Verträge rechnen können.

**Herr Schwabe** erläutert, dass es sich um etwa 1.700 Verträge handelt, von denen bereits rund 1.300 unterschrieben zurückgesandt wurden. Er geht davon aus, dass der Großteil der Verträge bis zum Ende des Jahres zurückgeschickt wird. Anschließend weist er darauf hin, dass eine Öffnungsklausel in den Verträgen enthalten ist, die eine Reaktion auf diese Beschlussvorlage ermöglicht.

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 13   Bebauungsplan Nr. 132 "Bootsschuppen am Oberbach"**  
**hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)**  
**Vorlage: BV/VIII/0076**

**Ratsherr Bromberger** bittet darum, für beide Vorlagen den Ausschuss für Schule und Sport in der Beratungsfolge zu ergänzen.

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 14   Bebauungsplan Nr. 132 "Bootsschuppen am Oberbach"**  
**hier: Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/VIII/0077**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 15   Beteiligung am Projekt "Konzeption, Strukturaufbau und Vermarktung von Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte" des Regionalen Planungsverbandes MSE (RPV)**  
**Vorlage: BV/VIII/0091**

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** macht deutlich, dass es wichtig sei, sich dieses Themas anzunehmen; wundert sich jedoch, dass die Kassenärztliche Vereinigung, die für die ambulante medizinische Versorgung zuständig ist, finanziell nicht eingebunden ist. Außerdem fragt er, warum die Landesregierung nicht die Krankenhausplanung übernimmt und, ob im Prozess auch die Beteiligung der relevanten Institutionen klar geregelt ist, da dies aus der Begründung nicht eindeutig hervorgehe.

Herr **Renner** erklärt, dass der Handlungsbedarf bereits von vielen Kommunen im regionalen Planungsverband der Mecklenburgischen Seenplatte erkannt wurde. Diese sehen die Notwendigkeit, eine konzeptionelle Grundlage zu schaffen, um andere Institutionen in die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung einzubeziehen. Die Kassenärztliche Vereinigung sei zwar in die Konzeptentwicklung eingebunden, aber leider nicht bereit, sich an der

Finanzierung zu beteiligen. Daher stehen die Kommunen nun vor der Frage, ob sie das Konzept allein finanzieren wollen. Angesichts der überschaubaren Gesamtkosten von 333.000 EUR, davon 10.000 EUR für Neubrandenburg, sei es wichtig, das Thema nicht aufzuschieben.

Ratsfrau **Dr. Balschat** bemängelt, dass aus dem vorliegenden Papier nicht hervorgehe, welche Monitoring-Systeme verwendet werden, wer das Projekt betreut und wer die

Datenbank zur hausärztlichen Versorgung erstellt. Sie fragt, wer die Handlungsempfehlungen geben wird und auf welcher Grundlage bestehende Strukturen gestärkt werden sollen. Außerdem fragt sie, ob die Kassenärztliche Vereinigung und die Ärztekammer eingebunden sind, da diese über viele relevante Daten verfügen. Auch die Krankenkassen werden nicht erwähnt. Sie stellt in Frage, ob mit dem Rückgang der Hausärzte bestimmte Leistungen in den nichtärztlichen Bereich verlagert werden können, etwa zu Gemeindeschwestern. Sie befürchtet, dass ein Beratungsunternehmen hinter dem Konzept steht, das nur darauf aus ist, Gelder zu vereinnahmen, ohne dass ein wirklicher Nutzen entsteht.

Herr **Renner** schlägt vor, diese Fragen im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss zu besprechen. Er erklärt, dass die Kassenärztliche Vereinigung in die Planung eingebunden sei und eine Bedarfsplanung für die allgemeinmedizinische Grundversorgung sowie für die fachspezifische Versorgung erstellt. Das Hauptproblem liege jedoch in der Altersentwicklung der Ärzte. Viele Allgemeinmediziner gehen in Rente und die Stellen können oft nicht angemessen nachbesetzt werden. Es müsse eine Lösung gefunden werden, um die medizinische Versorgung langfristig sicherzustellen. Die Kassenärztliche Vereinigung habe bereits Lösungsansätze, die weiterentwickelt werden müssen.

Ratsherr **Schnell** schlägt vor, die Vorlage auch im Kultur- und Sozialausschuss zu behandeln, da es sich um ein soziales Thema handelt. Er verweist auf Initiativen in Altentreptow und Penzlin, wo bereits eigene Konzepte entwickelt werden, um Ärztehäuser wiederzubeleben, anstatt auf das Konzept von Neubrandenburg zu warten. Er stellt in Frage, dass das Konzept in Neubrandenburg erfolgreich sein wird, da die ärztliche Versorgung in der Umgebung nicht ausreichend sei. Er fragt, was Neubrandenburg konkret unternimmt und, ob es ähnliche Bemühungen wie in Altentreptow und Penzlin gibt, um die medizinische Versorgung sicherzustellen; auch wenn die Kassenärztliche Vereinigung behauptet, die Stadt sei überversorgt.

Herr **Renner** antwortet, dass keine Kommune verpflichtet ist, auf das Konzept des regionalen Planungsverbands Mecklenburgische Seenplatte zu warten. Wenn eine Kommune Handlungsbedarf sieht, kann sie eigeninitiativ tätig werden. Es gibt aber Grenzen für die Eigeninitiative, da die Ärzte vor Ort eine Zulassung benötigen, die auf einem bedarfsorientierten Konzept basiert. Es gebe teilweise große Unterschiede in der Einschätzung des Bedarfs zwischen der Kassenärztliche Vereinigung und den einzelnen Kommunen. Daher brauche man fundiertes Material, um in den Dialog mit der Kassenärztliche Vereinigung treten zu können. Ohne ein konzeptionelles Grundverfahren sei es schwierig, Änderungen zu bewirken. In Neubrandenburg sei derzeit nicht die allgemeinmedizinische Grundversorgung das Hauptproblem, sondern der Mangel an Fachärzten. Hier gebe es unterschiedliche Auffassungen gegenüber der Kassenärztliche Vereinigung und es müsse eine sachliche Diskussion geführt werden, um politische Unterstützung für Lösungen zu gewinnen.

Herr **Modemann** berichtet von einem Gespräch im regionalen Verband des Städte- und Gemeindetages in Neustrelitz, bei dem ein Bürgermeister berichtete, dass seine Kommune einen Arzt hätte gewinnen wollen, jedoch die Kassenärztliche Vereinigung dies nicht genehmigt habe.

Ratsherr **Schanz** merkt an, dass er die ärztliche Grundversorgung, insbesondere in der Allgemeinmedizin, in Neubrandenburg nicht ausreichend gewährleistet sieht.

Herr **Modemann** schlägt eine weitere Befassung mit der Thematik im Kultur- und Sozialausschuss und im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss vor, um gemeinsam weiter an Lösungen zu arbeiten.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** führt aus, dass er keine Zweifel an dem Vorhaben oder an der Vorlage äußern wollte, sondern froh darüber ist, dass diese Initiative ergriffen wird, um

gemeinsam eine Grundlage zu schaffen. Er hatte lediglich die Frage, ob andere Institutionen auch beteiligt sind. Er denkt, dass man diese Diskussion über die medizinische Versorgung laufend führen wird. Außerdem sei es Aufgabe der Stadt, ein angenehmes Klima für die Ärzte

zu schaffen, die sich aufgrund ihrer Facharztausbildung im Klinikum in Neubrandenburg ansiedeln, damit diese nach ihrem Abschluss in Neubrandenburg bleiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen beschlossen.

**Beschlusnummer: HA 5/15/2024**

**TOP 16    Bebauungsplan Nr. 45 "Betonwerk Süd"**  
**hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses**  
**Vorlage: BV/VIII/0093**

**Ratsherr Bromberger** bittet darum, den Ausschuss für Schule und Sport in der Beratungsfolge zu ergänzen.

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 17    Informationsvorlage Konzept Gedenkarbeit**  
**Vorlage: INF/VIII/0020**

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** wundert sich, dass diese Vorlage eine Informationsvorlage und keine Beschlussvorlage ist, weil dort weitreichende Vorhaben beschrieben sind, die möglicherweise Auswirkungen auf den Haushalt haben. Insofern interessiert ihn, warum das so eingruppiert wurde. Er findet es bedauerlich, dass schon eine abschließende Aussage getroffen wurde, obwohl der Prozess zur Gedenkarbeit noch nicht abgeschlossen ist.

Herr **Meyer zu Schlochtern** betont, dass Maßnahmen mit haushaltsrelevanter oder politischer Bedeutung ohnehin als Einzelmaßnahmen in der Stadtvertretung beschlossen werden müssten, weshalb er keinen Bedarf für einen Generalsbeschluss sieht. Die flexible Vorgehensweise der Informationsvorlage zum Konzept ermögliche es, die Thematik im Fachausschuss kontinuierlich weiter zu besprechen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

gez.  
Peter Modemann  
Beigeordneter und 1. Stellvertreter des  
Oberbürgermeisters

gez.  
Andrea Hänsch  
Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.